

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede
am 01.12.2016

Tagungsort: Sitzungssaal des Bezirksamtes Brackwede
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungsunterbr
echung: 18:30 Uhr bis 18:50 Uhr
Sitzungspause: 19:40 Uhr bis 20:15 Uhr
Ende: 20:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino
Herr Franz-Peter Diekmann stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Karl-Uwe Eggert
Herr Carsten Krumhöfner Fraktionsvorsitzender
Frau Ursel Meyer

SPD

Herr Hans-Werner Plaßmann Fraktionsvorsitzender
Herr Jesco von Kuczkowski
Frau Hilde Wegener
Frau Ursula Wittler
Frau Hanne Wünscher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Heinrich Büscher
Herr Karl-Ernst Stille Fraktionsvorsitzender

Die Linke

Frau Brigitte Varchmin

UBF

Herr Dr. Harald Brauer
Herr Jan-Dietrich Dopheide Fraktionsvorsitzender

Nicht anwesend:

SPD

Frau Regina Kopp-Herr Bezirksbürgermeisterin
Herr Horst Schaede

Von der Verwaltung:

Herr Schelp, Amt für Verkehr zu TOP 6 und 7

Frau Dietz, Amt für Verkehr zu TOP 10

Herr Müller, Amt für Schule zu TOP 14

Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede

Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede

Frau Jarovic, Bezirksamt Brackwede, Schriftführung

Externe Gäste:

Frau Weidenbach, REGE zu TOP 8

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Diekmann begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 23. Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund des Krankenhausaufenthaltes von Herrn Schaede informiert Herr Diekmann, dass er in der heutigen Sitzung im Rahmen des „Pairing“ nicht an den Abstimmungen teilnehmen werde.

Weiterhin erklärt er, dass nach Versendung der Einladungen fristgerecht zwei Anfragen der Einzelvertreterin „Die Linke“ sowie ein Bericht der Verwaltung im Rahmen des Beschlusscontrollings eingegangen seien, so dass die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 4.3 „Umsetzung von Beschlüssen“/Anfrage der Einzelvertreterin „Die Linke“, TOP 4.4 „Schranke am Frölenberg“/Anfrage der Einzelvertreterin „Die Linke“ sowie TOP 16.3 „Tunnelbeleuchtung Brackweder Bahnhof“/Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2016 zu erweitern sei.

So dann ergeht folgender

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Tagesordnungspunkte

- **TOP 4.3 „Umsetzung von Beschlüssen“/Anfrage der Einzelvertreterin „Die Linke“**
- **TOP 4.4 „Schranke am Frölenberg“/Anfrage der Einzelvertreterin „Die Linke“ sowie**
- **TOP 16.3 „Tunnelbeleuchtung Brackweder Bahnhof“/Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2016**

erweitert.

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Brackwede

Frau Rosemary Flöthmann, Ortsheimatpflege Brackwede

- 1. Kommen beim Umbau der Hauptstraße Anliegerbeiträge nach dem KAG auf die Hausbesitzer zu?**
- 2. Wenn ja, in welcher Höhe?**

3. Warum wurden die Anlieger bisher nicht in den Prozess miteinbezogen?

Herr Hellermann erklärt, dass die Planungen und Prüfungen noch laufen und die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage über die Kosten treffen könne.

Das Planfeststellungsverfahren werde nun eingeleitet und danach fände das Bürgerbeteiligungsverfahren statt. Hier hätten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Anregungen, Beschwerden oder Fragen zu äußern.

Frau Barbara Waltermann, Bodelschwinghstr. 336, 33647 Bielefeld

1. Wird die Diagonalsperre an der „Kollostraße“ zur Einmündung „Am Frölenberg“ entfernt?

Frau Waltermann bezieht sich auf ihren Bürgerantrag vom Januar 2016, über den die Bezirksvertretung bis heute noch nicht entschieden habe.

Herr Diekmann verweist auf die noch folgende Stellungnahme zu der Anfrage der Einzelvertreterin „Die Linke“ unter dem Tagesordnungspunkt 4.4.

Herr Norbert Block, Gotenstr. 55, 33647 Bielefeld

1. Warum werden Parkverstöße nicht konsequent geahndet?

Herr Block erklärt, dass das absolute Halteverbot in Höhe der Deutschen Post Filiale täglich missachtet und die Verbotsschilder ignoriert würden.

Herr Volker Waltermann, Bodelschwinghstr. 336, 33647 Bielefeld, ergänzt, dass diese Problematik auch bei den Parkplätzen auf dem Marktplatz an der Wiedenbrücker Straße bestünde. Überwiegend samstags würden hier die Verbotsschilder missachtet.

Herr Hellermann führt aus, dass die Verkehrszeichen verkehrlich notwendig und diese daher zu beachten seien. Er versichert beiden Herren, den Sachverhalt aufzunehmen und an die örtliche Polizei weiterzugeben. Unabhängig davon würde der Verkehrsüberwachungsdienst täglich Kontrollen durchführen. Sollte sich die Situation dennoch nicht verbessern, bittet Herr Hellermann um entsprechende Rückmeldung.

--

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 22. Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede am 27.10.2016

Herr Copertino bittet auf Seite 20 unter dem Tagesordnungspunkt 12 der Niederschrift um Korrektur, da die CDU-Fraktion die getrennte Abstimmung der Anträge beantragt hätte und er aufgrund Befangenheit lediglich bei der Abstimmung des Antrags des VFL Ummeln den Saal

verlassen und nicht mit abgestimmt hätte.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede vom 27.10.2016 wird unter Berücksichtigung der Anmerkung von Herrn Copertino nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Mitteilungen des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters:

Heiligabend 2016

Herr Diekmann informiert, dass er in Vertretung der Bezirksbürgermeisterin in diesem Jahr zu Heiligabend wieder zusammen mit dem Stadtorchester Brackwede die zwei großen Seniorenheime in Brackwede besuchen würde. Bezirksvertretungsmitglieder seien herzlich eingeladen, ihn zu begleiten. Abfahrt sei um 14.00 Uhr am Bezirksamt Brackwede.

Neujahrsempfang 2017

Der Neujahrsempfang 2017 des Stadtbezirks Brackwede fände am Freitag, den 20.01.2017 in der Aula des Brackweder Gymnasiums statt.

Mitteilungen der Verwaltung:

Herr Hellermann verliest folgende Mitteilung des Amtes für Verkehr:

Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der A33/B 61, Zubringer Ummeln

Das Amt für Verkehr teilt in der jeweils nächsten Sitzung hierzu folgendes mit:

Die Bezirksregierung Detmold hat mit Datum vom 27.09.2016 den Planfeststellungsbeschluss zu o. g. Maßnahme erlassen. In der Zeit vom 31.10.2016 bis einschließlich 14.11.2016 hat der Beschluss mit den Planunterlagen (einschließlich der Grüneintragungen) im Bezirksamt Brackwede und im Amt für Verkehr öffentlich ausgelegen.

Für die verkehrlichen Beläge der Stadt Bielefeld bleibt festzuhalten, dass die im Rahmen der Erstaussage der Planfeststellungsunterlagen formulierten Forderungen, zum größten Teil bereits in die Planüberarbeitung des Deckblattes 1 eingeflossen sind, welches der BV Brackwede am 04.09.2014 und dem StEA am 21.10.2014 (Drs.-Nr. 0086/2014-2020) vorgelegen hat.

Die im Rahmen der Erörterung und im darüber hinaus gehenden Abstimmungsprozess vorgebrachten verkehrlichen Anregungen und

Bedenken sind seitens des Vorhabenträgers (Straßen.NRW) wie folgt aufgenommen worden:

Zusagen des Vorhabenträgers:

- Nachrüstung einer Lichtsignalanlage am Knotenpunkt B 61n/B 61 (alt), falls dies aus verkehrstechnischen Gründen geboten sein sollte und vom Amt für Verkehr der Stadt Bielefeld dem Vorhabenträger gegenüber eine solche Notwendigkeit angezeigt wird,
- Bau einer Querungshilfe in der Ummelner Straße in Höhe der Straße „Am Bahndamm“, sollte mit der Weiterführung des Geh-/Radweges bis Friedrichsdorf –außerhalb dieses Planfeststellungsverfahrens geplant- noch nicht begonnen worden sein,
- Einrichtung von Nothaltebuchten auf der B 61n.

Darüber hinaus wurden seitens der Anhörungsbehörde (Bezirksregierung Detmold) weitere verkehrliche Aspekte in den Planfeststellungsbeschluss aufgenommen:

Wichtige bzw. zusätzliche Entscheidungen der Planfeststellungsbehörde:

- Beibehaltung der geplanten Überführung Bokelstraße/Ramsloh sowie Bau eines Wirtschaftsweges zwischen Bokelstraße und Gütersloher Straße, wie zwischen Stadt Bielefeld und Straßen.NRW abgestimmt,
- Nachrüstung einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung B 61/Ramsloh/Verbindungsweg Isselhorster Straße nach Inbetriebnahme der OU Ummeln, wenn und sobald dies angesichts der Entwicklung der Verkehrszahlen und des Verkehrsflusses nach Beobachtungen des Amtes für Verkehr der Stadt Bielefeld notwendig sein sollte, um landwirtschaftlichen Fahrzeugen eine verkehrssichere Querung der B 61 bzw. Abbiegevorgänge zu ermöglichen und das Amt für Verkehr dem Vorhabenträger gegenüber eine solche Notwendigkeit anzeigt. Diese Anlage könnte auch die nicht stattgegebene Forderung nach einer Querungshilfe für Fußgänger und Radfahrer in diesem Bereich ersetzen.

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach deren Zustellung (das ist der letzte Tag der o. g. Auslage) Klage beim Bundesverwaltungsgericht erhoben werden.

Breitbandausbau in Bielefeld

Breitbandkoordination

Voraussichtlich zum 02.01.2017 wird die (neue) Breitbandkoordinatorin für einen Zeitraum von (zunächst) drei Jahren ihre Arbeit aufnehmen.

Versorgungsanalyse, Förderantrag Bund

Die Breitbandversorgungsanalyse hat gezeigt, dass in allen Stadtbezirken

(insbesondere in den ländlich geprägten Außenbereichen) eine Unterversorgung i. S. d. Förderbestimmungen Bund/Land besteht und in den nächsten drei Jahren voraussichtlich nicht von Netzbetreibern eigenwirtschaftlich beseitigt wird.

Die Verwaltung hat daher zum „dritten Aufruf“ (Frist: 28.10.2016) Anträge auf Mittel des Bundes sowie auf Kofinanzierung durch das Land zur Deckung einer Wirtschaftlichkeitslücke bei einem noch auszuwählenden Netzbetreiber gestellt.

Die von der Bezirksregierung Detmold befürworteten Anträge beinhalten einen Glasfaserausbau (FTTB) in einem definierten Ausbauggebiet, dass alle im Stadtgebiet identifizierten „weißen Flecken“ i. S. d. Förderbestimmungen umfasst (Haushalte und Gewerbegebiete mit einer Versorgung von weniger als 30 Mbit/s). Die ermittelte Wirtschaftlichkeitslücke (gleichzeitig Fördervolumen) für die Maßnahme beträgt knapp 16 Mio. €. Einen Eigenanteil müsste die Stadt Bielefeld als HSK-Kommune im Falle einer Bewilligung nicht tragen.

Im nächsten Schritt wird vom Bund die generelle Förderfähigkeit des Vorhabens geprüft. Anschließend erfolgen die Bewertung der Förderfähigkeit und die Auswahl der im Wettbewerb zueinander stehenden Projekte anhand eines Scoring-Modells. Das Prüfungs- und Auswahlverfahren soll bis Ende Februar 2017 abgeschlossen sein.

Die Verwaltung wird nach der Entscheidung des Bundes die bisherigen Projektergebnisse und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen in geeigneter Weise vorstellen.

Aktionswochen gegen Rassismus 2017

Herr Hellermann informiert über die vom Kommunalen Integrationszentrum geplanten Aktionswochen gegen Rassismus. Bis zum 19.12.2016 könnten Anmeldungen für Veranstaltungen und Projekte eingereicht werden.

Öffentlich zugängliche Toiletten in Bielefeld

Die Stadt Bielefeld habe eine Übersicht über öffentlich zugängliche Toiletten in Bielefeld erstellt. Die gesamte Übersicht sei der Homepage der Stadt Bielefeld zu entnehmen.

Externe Stellenausschreibung im Bereich „Ordnung und Gewerbe“ des Bezirksamtes Brackwede

Die vakante Stelle im Ordnungsbereich des Bezirksamtes Brackwede mit dem Schwerpunkt Gaststättenerlaubnisse sei erfolglos intern ausgeschrieben worden, so dass sie nun extern in den örtlichen Tageszeitungen ausgeschrieben werde.

Seniorenkarneval 2017

Der Vorverkauf für die Seniorenkarnevalsveranstaltungen am 18.02. und 19.02.2017 hätte heute begonnen. Die Karten seien im Bezirksamts Brackwede bei Frau Arens in Zimmer 109 erhältlich.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

-.-.-

Zu Punkt 4.1 Wohnraum im Stadtbezirk Brackwede
Anfrage der Einzelvertreterin "Die Linke"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4056/2014-2020

Herr Diekmann verliest die Anfrage der Einzelvertreterin „Die Linke“:

Wie viele Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren im Stadtbezirk Brackwede abgerissen?

Zusatzfrage1:

Wie viele Wohnungen wurden im gleichen Zeitraum gebaut?

Zusatzfrage2:

Für wie viele Wohnungen wurde die Umnutzung beantragt/ bewilligt?

Begründung:

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt, gerade bei günstigem Wohnraum, ist sehr angespannt. Da ist es von großem Interesse, wieviel von günstigem Wohnraum durch Abriss vernichtet wird.

Herr Hellermann verliest hierzu die Stellungnahme des Bauamtes:

Im Zeitraum von 2011 bis 2015 wurden im Stadtbezirk Brackwede für 42 Gebäude Abrissgenehmigungen erteilt. Wie viele Wohneinheiten davon betroffen waren, ist nicht bekannt.

Zur Zusatzfrage 1:

In den letzten fünf Jahren wurden für den Neubau von 614 Wohneinheiten Baugenehmigungen erteilt.

Zur Zusatzfrage 2:

In den Jahren 2011 bis 2015 wurde für 13 Wohneinheiten die Änderung in eine andere Nutzungsform bewilligt.

Herr Dopheide kritisiert die erste Antwort. Die Wohneinheiten seien ein wesentlicher Faktor für die Bewertung der Situation. So könne man nichts mit der Aussage anfangen. Die Wohneinheiten seien beim Neubau immer erfasst, so dass im Falle eines Abrisses auch eine Aussage darüber getroffen werden könnte.

Begründung:

Die Bürger entsorgen bisher das städtische Laub, was die privaten grünen Tonnen überfordert.

Herr Krumhöfner erklärt, dass sich die Anwohnerinnen und Anwohner bereits selbst an die Verwaltung gerichtet hätten, hier jedoch eine Ablehnung erhalten hätten, mit der Begründung, dass ein Beschluss der Bezirksvertretung nötig sei.

Es ginge den Anwohnerinnen und Anwohnern um die Gehwege und Grünstreifen. Da es sich um städtische Bäume handele, müsse man den Anwohnern entgegenkommen.

Herr Hellermann weist daraufhin, dass hier grundsätzlich eine gesamtstädtische Regelung gefunden werden müsse. In der Vergangenheit sei dies aus finanziellen Gründen immer wieder abgelehnt worden.

Herr Krumhöfner entgegnet, dass mit dem heutigen Beschluss zunächst eine Prüfung erfolgen solle. Im Anschluss könne der Sachverhalt immer noch an die entsprechenden Gremien weiter verwiesen werden.

Die Bezirksvertretung begrüßt den Antrag und fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob künftig entlang der Gütersloher Straße (zwischen Herner Straße und Sommerstraße) Laubfangkörbe aufgestellt werden können.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2

Runder

Tisch

"Treppenplatz"

Antrag der CDU-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4065/2014-2020

Herr Diekmann verliest den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen runden Tisch „Treppenplatz“ einzurichten, um die bekannten Problemlagen in den Griff zu bekommen. Der Bezirksvertretung werden kurzfristig Vorschläge zur Besetzung des runden Tisches mitgeteilt.

Herr Copertino erklärt, dass es derzeit aufgrund der Wetterlage ruhig auf dem Treppenplatz sei. Es sei jedoch wünschenswert bis zum Frühjahr zu einer Lösung zu kommen, damit bei besserer Wetterlage auch tatsächlich Ruhe einkehren könne.

Herr Hellermann führt aus, dass die Verwaltung bereits Vorschläge für mögliche Teilnehmer des Runden Tisches erarbeitet habe, bisher lediglich ein fester Termin hierfür gefehlt habe.

Dieser stünde jedoch nunmehr fest, so dass er die Mitglieder der Bezirksvertretung bittet, sich den 31.01.2017, 18.00 Uhr zu notieren.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen runden Tisch „Treppenplatz“ einzurichten, um die bekannten Problemlagen in den Griff zu bekommen. Der Bezirksvertretung werden kurzfristig Vorschläge zur Besetzung des runden Tisches mitgeteilt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Radabstellanlage Frölenbergschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3781/2014-2020

Herr Diekmann begrüßt Herrn Schelp vom Amt für Verkehr als Berichterstatter.

Herr Schelp erläutert kurz die Beschlussvorlage und geht im Anschluss auf Fragen aus der Reihe der Bezirksvertretung ein.

Frau Meyer und Herr Plaßmann begrüßen die notwendige Maßnahme und zeigen sich erfreut darüber, dass 62 Prozent der Kosten durch Bundesmittel refinanziert würden.

Herr Eggert erkundigt sich in Hinblick auf die städtische Haushaltslage, wie die sehr hohen Kosten für die Abstellanlagen begründet seien.

Herr Schelp erklärt, dass es sich bei der geplanten Fläche derzeit um eine Brache handele, auf der umfangreiche Pflasterarbeiten nötig seien. Zudem solle die Anlage entsprechend vor Diebstahl gesichert werden. Im Übrigen seien die Abstellanlagen so hochwertig, dass sie für mindestens 15 bis 20 Jahre ihre Funktion erfüllen würden.

Die Bezirksvertretung Brackwede fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede beschließt die Errichtung einer Fahrradabstellanlage an der Frölenbergschule in der geplanten Konzeption.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 Radabstellanlage Gesamtschule Quelle

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3782/2014-2020

Herr Schelp erläutert kurz die Beschlussvorlage und berichtet über die hervorragende pädagogische Arbeit der Schule in Hinblick auf die erfolgreiche Teilnahme am EU-Projekt STARS.

Die Schule habe ihre infrastrukturelle Grenze erreicht. Von den derzeit 200 vorhandenen Abstellanlagen, würden aktuell ca. 260 benötigt, so dass viele Fahrräder auf dem Gelände oder auf den Grünflächen abgestellt würden. Durch die neuen Abstellanlagen könne man das Engagement der Schule angemessen würdigen.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede empfiehlt; der Schul- und Sportausschuss und Betriebsausschuss ISB beschließen die Errichtung einer Fahrradabstellanlage vor der Gesamtschule Quelle in der vorgesehenen Konzeption.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 Schulsozialarbeit im Stadtbezirk Brackwede Bericht der REGE, Frau Weidenbach

Herr Diekmann begrüßt Frau Weidenbach von der REGE mbH als Berichterstatteerin.

Frau Weidenbach berichtet über die Schulsozialarbeit der REGE an den Brackweder Grundschulen und erläutert diese anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Besonders durch Armut und Ausgrenzung belastete Kinder gehören bei der sozialen Arbeit zur Zielgruppe. Soziale Benachteiligung solle ausgeglichen und gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe hergestellt werden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung bedanken sich für die ausführliche Berichterstattung und die bisher geleistete Arbeit.

Frau Weidenbach habe eindrücklich geschildert, wie wichtig die Schulsozialarbeit heutzutage sei; gerade an den Grundschulen.

Frau Meyer erkundigt sich abschließend, ob die Stundenverteilung an den Grundschulen flexibel geregelt sei bzw. wie hier verfahren werde.

Frau Weidenbach erklärt, dass die Wochenstundenzahl der Schulsozialarbeiter seit dem Jahr 2012 jährlich an den Lernreport angepasst würde. Hier hätte die REGE keinen Einfluss, da es sich um eine politische Entscheidung handele.

Herr Diekmann bedankt sich bei Frau Weidenbach.

-.-.-

Zu Punkt 9

Entscheidung über die Empfehlungen der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung "Hauptstraße" vom 24.11.2016

Herr Diekmann berichtet von der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung „Hauptstraße“ vom 24.11.2016, in der die Fachverwaltung die Beschlussvorlage vorgestellt habe.

Er erklärt, dass die Arbeitsgruppe abschließend jedoch keine Beschlussempfehlung ausgesprochen habe, da nicht alle Fraktionen vertreten gewesen seien und auch nicht in allen Fraktionen eine Vorberatung zu der Vorlage erfolgt sei.

-.-.-

Zu Punkt 10

Umgestaltung der Hauptstraße – Entwurfsplanung und weiteres Vorgehen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4036/2014-2020

Herr Diekmann begrüßt Frau Dietz vom Amt für Verkehr als Berichterstatteerin zu diesem Tagesordnungspunkt.

Er verliest den Beschlussvorschlag und erläutert ausführlich die Beschlussvorlage.

Anschließend haben die Mitglieder der Bezirksvertretung die Möglichkeit, sich zu äußern.

Herr Pläßmann beginnt und führt einleitend aus, dass sich seine Fraktion sehr über die Beschlussvorlage zur Umgestaltung der Hauptstraße freue und bedankt sich bei dem gesamten Planungsteam. Frau Dietz und die Kollegen hätten eine gute und detailreiche Arbeit geleistet und die Politik stets in den Planungsprozess mit einbezogen.

Nach Auffassung seiner Fraktion sei ein gelungener Plan entstanden. Sicherlich könne man nicht alle Individualinteressen berücksichtigen; Planungsergebnisse seien auch immer Kompromisse.

Es sei auch nicht einfach gewesen, alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsarten auf dem vorhandenen, begrenzten Straßenraum unterzubringen und deshalb sei es nur natürlich, von Interessenverbänden auch weiterhin Kritik an der Planung zu hören.

Der Planungsentwurf fuße auf zwei wichtigen Vorentscheidungen in der Bezirksvertretung und anschließend im Stadtentwicklungsausschuss, die dort einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg gewesen seien: Dem Hochflur-System im Februar 2016 und der Festlegung der Standorte der Haltestellen im Mai 2016. Beide Entscheidungen seien in Teilen der Bevölkerung und der Geschäftsleute noch umstritten und in der Diskussion.

In diesem Zusammenhang stelle er sich die Frage, warum sich die Kritiker vor zwei Jahren nicht intensiver um den Ausbau der Linie 5 engagiert hätten. Gerade die Brackweder Geschäftswelt hätte sich bei der Angelegenheit bedeckt gehalten. Mit der Entscheidung gegen die Linie 5 sei klar gewesen, dass auch in Brackwede der barrierefreie Zugang zur Stadtbahn nur durch Hochbahnsteige möglich werden würde.

Unser System funktioniere nur, wenn demokratisch gefasste Entscheidungen letztlich auch akzeptiert würden. Aber die Beschlussvorlage sei viel mehr als nur „Hochbahnsteig“, denn es gehe um die umfassende Neuordnung des Verkehrsraumes und die komplette Neugestaltung der Hauptstraße. Dies stelle eine einmalige Chance für ein zeitgemäßes Bild für Brackwede dar, dem wichtigsten Nebenzentrum in Bielefeld. Daher appelliere er an die Gegner der jetzigen Planung, diese einmalige Chance für Brackwede nicht zu zerstören. Die Hauptstraße in ihrer jetzigen etwas desolaten Form würde auf lange Zeit so bleiben.

Die einmalige Chance begründet er mit den Vorteilen der geplanten Neugestaltung der Hauptstraße und den Planungsgrundsätzen der Vorlage, die er nochmals aufzählt.

Abschließend fasst er zusammen, dass seine Fraktion die Vorlage uneingeschränkt unterstütze und auf eine schnelle Umsetzung bzw. Weiterentwicklung hoffe.

Herr Dopheide kann sich diesen Ausführungen nicht anschließen. Die gesamte Planung stelle eine Katastrophe dar und könne nicht schön geredet werden. Die Standorte der Hochbahnsteige müssten noch einmal intensiv diskutiert werden. Weiterhin kritisiert er, dass die Vorlage nicht vollständig bzw. korrekt sei. Der Bahnsteig 2.0 würde nach den jetzigen Planungen nur an der Haltestelle „Östliche Germanenstraße“ gebaut und nicht wie erwähnt, an der gesamten Hauptstraße.

Auch die Möblierung der Haltestellen, die erst später im weiteren Planungsprozess vorgestellt würde, sei bereits zum jetzigen Zeitpunkt ein wesentlicher Teil der Planung. Ebenso bemängelt er die unrealistische Parkplatzbilanz und führt abschließend aus, dass die Planungen für seine Fraktion nicht akzeptabel seien.

Herr Krumhöfner zeigt sich empört über die Ausführungen der

SPD-Fraktion und fordert diese zu mehr Differenzierung auf. Man könne den Hochbahnsteig an der Stelle ablehnen und trotzdem für Barrierefreiheit sein.

Es würden keine Chancen durch die Ablehnung des Standortes „Östliche Germanenstraße“ vertan. Eine Hochbahnsteig-Planung sei ebenso an der Sparkasse möglich.

Diese Planung wolle aber die Mehrheit in der Bezirksvertretung nicht. Die CDU-Fraktion sei für Barrierefreiheit und stimme genau deshalb gegen die Vorlage, denn diese schaffe eine Barriere und mache das Queren im hochfrequentierten Bereich unmöglich.

Man habe im Vorfeld Hauptstraßenkonferenzen mit Betroffenen durchgeführt und am Ende genau für ein Projekt gestimmt, welches von den Anliegern nicht gewollt sei. Hier sei Frust vorprogrammiert.

Für die zügige Herstellung von Barrierefreiheit sollte ein Kompromiss gesucht werden:

Mit dem geplanten Standort „Östliche Germanenstraße“ würden Klagen und Bürgerbegehren drohen, so dass davon auszugehen sei, dass dort 2020 kein Bahnsteig stehen werde.

Einzig rot-rot-grün, der ideologisch besetzte Bielefeld-pro-Nahverkehr, MoBiel, Lobby-/Interessen- sowie Sozialverbände würden sich für den Standort „Östliche Germanenstraße“ einsetzen; die Frequenzbringer der Hauptstraße (Geschäfte, Ärzte, Apotheken) würden dies jedoch ablehnen.

Hohn sei es auch, Anliegerbeiträge nach dem KAG zu prüfen. Anlieger, die diese Planung ablehnen und über deren Köpfe hinweg beschlossen worden sei, würden dann verpflichtet, Beiträge für den Ausbau zu zahlen.

Abschließend äußert er Kritik an der geplanten Unterschriftensammlung von BI-Pro-Nahverkehr beim Brackweder Adventsmarkt.

Man sei sich immer einig gewesen, solche Veranstaltungen von politischen Diskussionen freizuhalten.

Herr Pläßmann entgegnet, dass der Standort „Östliche Germanenstraße“ sehr wohl ein Kompromiss gewesen sei.

Ursprünglich sei der jetzige Standort an der „Normannenstraße“ Grundlage der Planungen gewesen. Der Stadtentwicklungsausschuss habe sich hier einstimmig für die Mitte der beiden vorgeschlagenen Alternativstandorte entschieden.

Herr Stille erklärt, dass seine Fraktion den Planungen zustimme und diese für rundum gelungen halte.

Allerdings würde er gerne die Radverkehrsplanung nochmals diskutieren bzw. eine Einschätzung des Amtes für Verkehr haben.

Der Fahrradverband ADFC habe nämlich den Vorschlag unterbreitet, die 2,50 m breiten Parkflächen auf 2 m zu reduzieren, um den Fahrradfahrern einen zusätzlichen Sicherheitsbereich zu gewähren. Denn so könne man den Fahrradweg von 1,50 m auf 2 m verbreitern und das Angebot für Fahrradfahrer komfortabler gestalten.

Frau Dietz erachtet den Vorschlag des ADFC für nachteilig und argumentativ wenig nachvollziehbar, da man dadurch den Sicherheitstrennstreifen für die Fahrradfahrer reduziere. Man müsse Sicherheitsabstände für die Fahrradfahrer zwischen den Stadtbahngleisen und den Parkflächen gewährleisten.

Insgesamt habe man jedoch bei den weiteren Planungen noch einen gewissen Handlungsspielraum und sei offen für Vorschläge.

Frau Varchmin führt aus, dass sie lange für die Niederflurvariante gekämpft habe, diese jedoch leider nicht möglich sei. Da die Barrierefreiheit das wichtigste Ziel sei, stimme sie der Vorlage uneingeschränkt zu. Sie gehe davon aus, dass durch die Barrierefreiheit mehr Menschen nach Brackwede kämen. Die Hauptquerung sei auf Höhe des „Kolck-Parkplatzes“ und diese würde weiterhin bestehen, so dass sie den Standort für optimal halte. Die Bürgerinnen und Bürger könnten die Geschäfte und Ärzte direkt erreichen.

Abschließend ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss für die Umgestaltung der Hauptstraße folgende Beschlüsse zu fassen:

- 1. Der vorgelegten Planung wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung führt gemeinsam mit moBiel eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durch.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage das Planfeststellungsverfahren nach dem Personenbeförderungsgesetz bei der Bezirksregierung zu beantragen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 11

Entscheidung über die Empfehlungen der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung "Pflegepläne Grün" vom 22.11.2016

Herr Diekmann berichtet kurz von der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung „Pflegepläne Grün“ vom 22.11.2016 und erklärt, dass der Umweltbetrieb im Frühjahr mit einer entsprechenden Beschlussvorlage in der Bezirksvertretung Brackwede vorsprechen wolle.

Protokollauszug:

Herr Malik führt thematisch ein und beginnt mit der Darstellung der Level-Verteilung im Stadtbezirk Brackwede.

Der UWB erklärt, dass zukünftig geplant sei, einmal jährlich eine

„IST-Stand“-Darstellung in der Sitzung der Bezirksvertretung vorzustellen.

In der heutigen Sitzung sollen die möglichen Potentiale der Levelverteilung ausgearbeitet werden. Er führt aus, dass z.B. das Straßenbegleitgrün im gesamten Stadtgebiet immer im Level 3 angesiedelt sei. Hier erfolge die „Standard“- Pflege, also die werterhaltende Pflege.

Spiel- und Bolzplätze seien z.B. immer im Level 2 eingestuft.

Die Arbeitsgruppe habe heute die Möglichkeit, Potentiale hoch- oder runter zu stufen.

Anhand der gefilterten Excel-Liste zeigt er sieben Objekte im Stadtbezirk auf, die ohne negative Auswirkungen auf die Pflege, vom Level 2 auf das Level 3 runtergestuft werden könnten.

Die Pflege sei bei bestimmten Objektarten, wie z.B. den Staudenflächen, in allen Leveln gleich.

Im Anschluss wurde eine Levelveränderung am Beispiel „Kolck“-Parkplatz und dem Stadtpark simuliert.

Der „Kolck“-Parkplatz sei aufgrund der starken Verschmutzung ständig in der Diskussion.

Herr Meyer erklärt, dass hier aufgrund der Beschwerden Sonderreinigungen durchgeführt würden und langfristig eine Neubepflanzung nötig sei.

Herr Plaßmann erinnert an den Antrag aus der Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede vom 19.05.2016, in dem der Umweltbetrieb gebeten worden sei, auf öffentlichen Grünflächen Wildblumenmischungen auszusäen, wie dieses schon im Jahr 2014 erfolgt sei.

Herr Finke erklärt, dass eine Liste mit den Blühwiesenflächen, die in 2016 angelegt worden seien, erstellt werde. Die Bezirksvertretung könne anhand der Liste Vorschläge für weitere Flächen vornehmen, die anschließend vom Umweltbetrieb geprüft würden.

Er weist jedoch darauf hin, dass die Wildblumen jährlich neu eingesät werden müssten.

Herr Meyer informiert, dass z.B. die Fläche 61005 an der Kreuzung Café Sport in diesem Herbst in eine Splittstaudenfläche umgewandelt werden solle.

Hr. Finke weist darauf hin, dass aus Sicht des UWB zukünftig die Folgekosten der Grünflächenpflege auch in den Beschlussvorlagen des Amtes für Verkehr ausgewiesen werden sollten, um eine nachhaltige und verursachergerechte Finanzierung der Grünpflege zu sichern.

Als Beispiel wurde die „Verschwenkung Stadtring“ vom Amt für Verkehr genannt, welche in der Sitzung vom 07.04.2016 beraten worden sei, an der Herr Finke auch teilgenommen habe. Bei dieser Sitzung sei gegenüber dem Amt für Verkehr der Wunsch nach einer ökologischen

Gestaltung der Verkehrsflächen geäußert und eine Grünflächengestaltung mittels Wildblumen angeregt worden.

Anschließend informiert Herr Malik, dass für das Frühjahr eine Beschlussvorlage vorbereitet würde, die den aktuellen Stand der Grünanlagen und Pflegelevel beinhalte. Für jede Bezirksvertretung würde eine eigene Vorlage vorbereitet. Ideen, Wünsche und Fragen würden weiterhin gerne berücksichtigt und dann mit in die Vorlage aufgenommen werden.

Abschließend wurde der Textvorschlag für den Beschlusstext gemeinsam besprochen.

-.-.-

Zu Punkt 12 Festlegung des Ausbaustandards für die verkehrliche Erschließung des Wohngebietes „Wohngebiet Im Lecke“ (B-Plan Nr. I/ B 70)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3967/2014-2020

Herr Diekmann verliest den Beschlussvorschlag und erkundigt sich nach offenen Fragen zu der Vorlage.

Herr Dopheide fragt an, ob sich das gesamte Baugebiet im städtischen Besitz befände und ob es verkauft werden solle. Ihm stelle sich unter dem Aspekt der hohen Kosten die Frage, warum die Straße öffentlich gewidmet werden müsste.

Herr Diekmann erklärt, dass dies das übliche Verfahren bei der Stadt Bielefeld sei und Privatstraßen oftmals viele Nachteile für die Anlieger mit sich brächten. Die Schriftführung werde die Frage jedoch an die Fachverwaltung mit der Bitte um kurze Stellungnahme weitergeben.

So dann ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede beschließt:

- a) **der Anlage der neuen Erschließungsstraße innerhalb des Plangebietes entsprechend dem beigefügten Querschnitt (Anlage 2) wird zugestimmt.**
- b) **die Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Erschließungsstraße im Zuge des Straßenbaus in Form von LED-Leuchten auf einem 5 m Mast wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-

Zu Punkt 13 **BP Nr. I/Q24 "Queller Alleestraße" - Teilplan C -
Gestaltungskonzept Grünanlagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3949/2014-2020

Herr Diekmann verliest den Beschlussvorschlag und erkundigt sich, ob Fragen zu der Beschlussvorlage bestünden.

Herr Stille äußert eine redaktionelle Anmerkung. Es handele sich um den Bebauungsplan „Quelle Alleestraße“ und nicht um die „Queller Alleestraße“. Er bittet um entsprechende Korrektur.

Herr Dopheide kritisiert die fehlende Darstellung der Gegenfinanzierung. In der Anlage „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ seien die Gesamtkosten sowie laufende jährliche Kosten dargelegt, jedoch nicht die laufenden objektbezogenen Einnahmen.

Herr Diekmann erklärt, dass sich die Darstellung der tatsächlichen Ausgaben sowie Einnahmen zukünftig ändern werde. Derzeit würden Kosten zwar aufgelistet, diese jedoch nicht im Haushalt veranschlagt werden. Diese Veränderung strebe der Umweltbetrieb dauerhaft an. Dies sei beispielsweise bei dem Straßenbegleitgrün sehr wünschenswert, da hier die Zuständigkeit beim Amt für Verkehr liege.

Im Übrigen weist er daraufhin, dass der Ansatz der bezirksbezogenen Grünanlagen hier nicht belastet werde.

Es ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Der Gestaltungsplanung des Planungsbüros Selzner (Landschaftsarchitekten + Ingenieure) für die öffentlichen Grünflächen im Baugebiet „Quelle Alleestraße“ wird entsprechend der Vorlage und dem Entwurf vom 18.10.2016 zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

-.-

Zu Punkt 14 **Gesamtschule Rosenhöhe, Auslagerung während der
Sanierung des Hauptstandortes „An der Rosenhöhe“ von
2017 – 2018
hier: Gegenüberstellung verschiedener**

Auslagerungsszenarien

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4083/2014-2020

Herr Diekmann begrüßt Herrn Müller, Leiter des Amtes für Schule, als Berichterstatter.

Er verliest die Informationsvorlage und informiert, dass es sich in der heutigen Sitzung lediglich um die erste Lesung handele.

Herr Müller berichtet, dass die Informationsvorlage den derzeitigen Planungsstand darstelle. Die Vorlage sei aufgrund der Forderung des Schul- und Sportausschusses so kurzfristig erstellt worden. Es sei nicht auszuschließen, dass in dem Planungsprozess noch weitere Alternativstandorte vorgeschlagen würden. Nach aktuellem Stand habe man diese vorliegenden zehn Auslagerungsvarianten erarbeitet.

Er weist daraufhin, dass für die Verwaltung, bis auf die Variante 2, alle Varianten gleichrangig seien, die Verwaltung dennoch auch den Kostenfaktor nicht außer Acht lassen dürfe. Das endgültige Ergebnis sei folglich ein Entscheidungsprozess der Bezirksvertretungen und des Schul- und Sportausschusses.

Hier müsse in Hinblick auf Mehrkosten von ca. 2 Mio. Euro, die Betroffenheit anderer Schulen gewertet werden.

Aufgrund der kurzfristig eingereichten Vorlage sei daher nun vorgeschlagen worden, zur weiteren Beratung im Januar oder Februar 2017 eine gemeinsame Sondersitzung der Bezirksvertretungen Senne und Brackwede sowie des Schul- und Sportausschusses abzuhalten.

Herr Plaßmann erkundigt sich, ob es sich bei der Variante 6 um das Grundstück gegenüber der Stadtbahnhaltestelle handele, auf welchem sozialer Wohnungsbau geplant sei.

Herr Müller verneint dies und erklärt, dass es sich um das Grundstück zwischen dem Baugebiet und der dann vorhandenen Bebauung handele.

Herr Plaßmann erklärt, dass seine Fraktion die Varianten 6 und 7 priorisiere, da hier lediglich die Sekundarstufe 1 und keine anderen Schulen betroffen seien. Zudem könne die Brocker Schule dann endlich in die Räumlichkeiten der Schule Am Kupferhammer ziehen.

Herr Stille führt aus, dass seine Fraktion aufgrund der räumlichen Nähe ebenfalls zu den Varianten 6 und 7 tendiere und damit dann auch Mehrkosten hinnehmbar seien.

Herr Krumhöfner folgt den Ausführungen ebenfalls, da es für seine Fraktion nicht in Frage käme, dass andere Schulen durch die Sanierung beeinträchtigt würden.

Frau Varchmin erachtet die beiden Varianten ebenfalls als beste Lösung für die Kinder.

Herr Dopheide bestätigt dies und erklärt, dass Mehrkosten zwar generell zu vermeiden wären, es sich hier jedoch um eine lohnende Investition handele.

Herr Diekmann fasst abschließend zusammen, dass der Stadtbezirk Brackwede einstimmig die Varianten 6 und 7 favorisiere und bedankt sich bei Herrn Müller für die Berichterstattung.

1. Lesung -

Zu Punkt 15

Bezirkliche Sondermittel 2016

Herr Hellermann informiert die Bezirksvertretung Brackwede über die verbleibende Höhe der bezirklichen Sondermittel für das Jahr 2016.

Insgesamt stünden noch ca. 3.750,00 € zur Verfügung.

Der Antrag des TUS Quelle sei noch nicht abschließend beraten worden. Hier habe er jedoch die Mitteilung erhalten, dass der Antrag aufgrund von Bauverzögerungen zurückgezogen worden sei. Der neue Kunstrasenplatz werde frühestens im Sommer eröffnet, so dass zu gegebener Zeit möglicherweise ein neuer Antrag auf bezirkliche Sondermittel gestellt würde.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Brackwede sprechen sich dafür aus, die restlichen Mittel für die Neumöblierung des Sitzungszimmers im Bezirksamt Brackwede zu nutzen. Hier sollen neue Besprechungsstühle angeschafft werden.

Die Neumöblierung des Sitzungssaals werde auf das Jahr 2017 verschoben.

So dann ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede beauftragt das Bezirksamt Brackwede, die restlichen zur Verfügung stehenden bezirklichen Sondermittel in Höhe von ca. 3.750,00 € für die Anschaffung neuer Besprechungsstühle im Sitzungszimmer des Bezirksamtes zu nutzen.

Zu Punkt 16

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 16.1

Gemeinschaftshaus Quelle Zwischenstand über die Renovierungs- bzw. R e p a r a t u r a r b e i t e n Sitzung vom 27.10.2016, TOP 16.3

Herr Hellermann nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 16.3 der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede vom 27.10.2016, in dem über mögliche Renovierungs- und Reparaturarbeiten im Gemeinschaftshaus Quelle beraten worden sei.

Für die Sicherstellung der Barrierefreiheit in Form eines Außenfahrstuhls seien seitens des Immobilienservicebetriebes Umbaukosten in Höhe von 50.000,-€ veranschlagt worden.

Aufgrund Beratungsbedarfs habe die Bezirksvertretung den Tagesordnungspunkt vertagt und den Immobilienservicebetrieb für eine abschließende Entscheidung um eine entsprechende Vorlage inklusive konkreter Zahlen bzw. Kosten gebeten.

Nunmehr liege die Stellungnahme der Fachverwaltung vor, die Herr Hellermann verliest:

Technisch mögliche Maßnahmen zur Herstellung von barrierefreier Erreichbarkeit für das Erdgeschoss im Gemeinschaftshaus Quelle:

1. Einbau eines elektro-hydraulisch betätigten Rollstuhlliftes (Plattformlift) vor der Straßenfassade zur Überwindung des Höhenunterschiedes zw. Oberkante Gelände und Oberkante Erdgeschoss. Für diese Maßnahme sind im Außenbereich Fundamentarbeiten und der Durchbruch und Einbau einer Außentür als barrierefreier Zugang zum Raum 03-Garderobe herzustellen. Zusammen mit dem Plattformlift sind Kosten von rund 50.000,- € zu erwarten. Die Bauweise ist nicht witterungsgeschützt und ist vor allem im Winter störanfällig. Diese Lösung verursacht hohe Wartungskosten.

Oder

2. Errichtung einer ca. 1m breiten fassadennahen Rampenkonstruktion (als Geländerrampe bestehend aus Anschüttung und Pflaster, oder als Stahlkonstruktion mit Gitterrosten) beginnend vorne rechts neben dem Gebäude bis zur hinteren Fassade an der Gartenseite. Durchbruch eines Fensters des Gemeinschaftsraumes und Einbau einer neuen Außentür. Der barrierefreie Zugang erfolgt dann direkt über den Gemeinschaftsraum. Diese Zuwegung kommt gänzlich ohne elektromechanische Einbauten aus und wäre auch über den Winter (mit Streudienst/Schneeräumung) ganzjährig nutzbar. Diese Lösung ist wartungsfrei, jedoch sind umfangreiche Änderungen am seitlichen Gelände erforderlich, die Rampe muss zudem mit einem Handlauf und Brüstungsgeländer gegen Absturz gesichert werden. Für diese Lösung sind Kosten von rund 50.000 € zu erwarten.

Frau Meyer gibt zu beachten, dass noch mit weiteren Folgekosten zu

rechnen sei. Herstellung von Barrierefreiheit bedeute nicht nur einen barrierefreien Zugang zum Gebäude zu schaffen, sondern auch barrierefreie Sanitäreanlagen etc. zu bauen.

Die Bezirksvertretung Brackwede präferiert hier die Variante 2. Eine abschließende Entscheidung könne jedoch erst getroffen werden, wenn eine Aufstellung über die Gesamtkosten aller Baumaßnahmen im Gemeinschaftshaus Quelle vom Immobilienservicebetrieb vorgelegt werde.

Der Immobilienservicebetrieb werde gebeten, hierzu zeitnah schriftlich zu berichten.

**Zu Punkt 16.2 Fahrradpiktogramme an der Hauptstraße
Antrag der UBF-Fraktion
Sitzung vom 27.10.2016, TOP 5.1**

Herr Hellermann erklärt, dass die Bezirksvertretung Brackwede in ihrer letzten Sitzung am 27.10.2016 den Antrag der UBF-Fraktion „Fahrradpiktogramme an der Hauptstraße“ in die heutige Sitzung vertagt hätte, da für eine abschließende Beschlussfassung noch Fragen an die Fachverwaltung offen waren.

Nunmehr liegt die Stellungnahme der Fachverwaltung vor, die Herr Hellermann verliest:

Die Verwaltung ist gebeten worden, zu einigen Fragen im Zusammenhang mit der Entfernung der Fahrradpiktogramme Stellung zu nehmen.

- *Ist eine Entfernung der Piktogramme ohne weiteres möglich?*

Der bauliche Radweg entlang der Hauptstr. ist ein nicht benutzungspflichtiger Radweg. Nach aktueller Rechts- und Erlasslage sind nicht benutzungspflichtige Radverkehrsanlagen entweder durch ihre bauliche Gestaltung – z.B. eindeutig erkennbar andere Oberflächenfarbe – oder den Einsatz von Sinnbildern (Piktogrammen) gekennzeichnet. Andere Kennzeichnungen sind ausdrücklich nicht erlaubt.

Der Radweg an der Hauptstraße ist dunkelgrau und nicht wie standardmäßig rot gepflastert, zudem ist er vom ebenfalls grau gepflasterten Gehweg nur schwerlich zu unterscheiden. Die bauliche Gestaltung lässt die Zweckbestimmung des Radweges somit nicht eindeutig erkennen, weshalb zur Klarstellung nur die Kennzeichnung durch in regelmäßigen Abständen aufgebrachte Piktogramme zulässig ist.

Sofern der Radweg als solcher erhalten werden soll, ist eine Entfernung der Piktogramme ohne weitere bauliche Maßnahmen, z.B. Austausch der Pflasterung, somit nicht möglich.

- Welche technischen Möglichkeiten zur Entfernung der Piktogramme gibt es, welche Kosten entstehen und wie lange dauert eine solche Maßnahme?

Auch aufgrund der früheren Beschlüsse der BV Brackwede zur Radverkehrsführung an der Hauptstraße, zuletzt am 23.01.2014, Drucksache 6520/2009-2014, gehen wir davon aus, dass der Radweg nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird und bis zu einem Umbau der Hauptstraße als solcher bestehen bleiben soll. Aus diesem und den o.a. Gründen wurde auf eine Kostenermittlung zunächst verzichtet.

Wir bitten, die BV Brackwede entsprechend zu informieren.

Herr Dopheide zeigt sich nicht zufrieden mit der Stellungnahme. Sie ginge an der Frage vorbei und sei nicht eindeutig.

Bisher habe die Verwaltung mitgeteilt, dass aufgrund der Tempo 30 Zone in der Hauptstraße, Schilder, die auf einen gemeinsamen Fuß- und Radweg verweisen, nicht zulässig seien.

Wenn die Entfernung der Piktogramme nicht möglich sei, sollte aus Sicherheitsgründen auf dieser Gemeinschaftsfläche wenigstens eine entsprechende Beschilderung vorhanden sein.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung erachten die Situation ebenfalls für unbefriedigend. das Konfliktpotential sei sehr hoch und würde auch stetig steigen. Es müsse eine Lösung geben, um die Situation zu entschärfen.

Die Bezirksvertretung Brackwede verständigt sich darauf, den Tagesordnungspunkt in eine projektbezogene Arbeitsgruppensitzung zu verweisen. Hierzu solle die Fachverwaltung eingeladen werden und Lösungsvorschläge zur Entschärfung dieser Situation unterbreiten.

Zu Punkt 16.3 **Tunnelbeleuchtung** **Brackweder** **Bahnhof**
Antrag **der** **SPD-Fraktion**
Sitzung vom 08.09.2016, TOP 5.3

Herr Hellermann nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion aus der Sitzung vom 08.09.2016, in dem die Verwaltung gebeten worden sei, Kontakt mit der Deutschen Bahn aufzunehmen, mit dem Ziel, kurzfristig die Beleuchtung im Tunnel des Brackweder Bahnhofs im bahntechnischen Bereich zu verbessern und Hinweisdurchsagen einzuführen, wenn ICE-Züge einfahren und Fahrten ausfallen.

Nunmehr liegt die Stellungnahme der Fachverwaltung vor, die Herr Hellermann verliest:

Die zwischenzeitlich erfolgte Antwort der DB Station&Service AG lautet wie folgt:

1. Die Beleuchtung in der Personenunterführung und auf den Bahnsteigen wird durch uns regelmäßig überprüft und instand gesetzt. Die Einhaltung der erforderlichen Lichtwerte wird darüber hinaus durch das Eisenbahnbundesamt überprüft. Gleichwohl lasse ich aufgrund Ihres Schreibens überprüfen, ob größere Ausfälle der Beleuchtung zu verzeichnen sind. Sollte das der Fall sein, werden die Leuchtkörper gereinigt bzw. die Leuchtmittel ausgetauscht.
2. Die Beschallung an Bahnhöfen ist je nach Bahnhofskategorie unterschiedlich geregelt. Für den Bahnhof Brackwede ist die vor Ort befindliche DSA (Dynamische Schriftanzeige mit Lautsprechermodul) vorgesehen. Dieses System informiert die Kunden über Abweichungen im Regelbetrieb (z.B. über Verspätungen oder Gleiswechsel).
3. Wir überprüfen an jeder Bahnsteigkante, ob unsere Reisenden durch durchfahrende Züge gefährdet sind. Am Bahnhof Brackwede sind alle aktuell erforderlichen Maßnahmen nach SIAG (EDV-Programm zum Berechnen der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen) umgesetzt (Strich, Warnschilder, Schraffur). Eine zusätzliche Warndurchsage ist nicht erforderlich.
4. Die Modernisierung des Bahnhofs hat bei Land und Bahn eine hohe Priorität. Deshalb wurde die Maßnahme Verkehrsstation Brackwede in die Modernisierungsoffensive 3 aufgenommen. Aktuell laufen die Vorabstimmungen und Vorplanungen. Ein konkreter Baubeginnstermin kann aktuell nicht genannt werden, da die Planungen noch nicht abgeschlossen sind. Grundsätzlich wird eine Bahnsteigerhöhung auf 76cm an allen Bahnsteigen geplant. Für die stufenfreie Erschließung sind drei Aufzüge erforderlich und eine den aktuellen Vorgaben entsprechende Anpassung der Rampe in die Personenunterführung. Darüber hinaus werden die Ausstattung und die Beleuchtung erneuert und die Personenunterführung modernisiert.

Herr Plaßmann bestätigt die unter Punkt 1 genannte Überprüfung. Diese sei bereits erfolgt und die Beleuchtung sei verbessert worden. Mit der Stellungnahme zu Punkt 2 und 3 in Hinblick auf Fahrgastinformationen habe man gerechnet, dies sei sehr bedauerlich.

Die Bezirksvertretung Brackwede nimmt Kenntnis.

-.-.-

